Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 295. Donnerstag, den 17. Dezember 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsch-italienische Handelsvertrag tritt mit dem 16. Dezember in Kraft.

* Reichsminister a. D. Koch setzte die Verhandlungen mit den Parteien (Volkspartei bis Sozialdemokraten) über die Regierungsbildung fort. Zu einer Entscheidung kam es noch nicht.

* Im Preußischen Landtag kam es zu erregten Szenen, als der völkische Abg. Wulle zum Prozeß Grütte-Lehder sprechen wollte. Die Sitzung mußte zeitweilig unterbrochen werden.

* In Frankreich droht eine neue Regierungskrise, da die Finanzvorlagen des Ministers Loucheur von der zuständigen Kommission abgelehnt wurden.

Fortschritt der Verhandlungen.

Die Besprechungen, die der vom Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung aufgeforderte Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch, mit den verschiedenen Parteien hatte, haben noch nicht zu einem Abschluß geführt. Die Sozialdemokraten erklärten Koch, daß sie nach wie vor zu der aktiven Mitarbeit in der Großen Koalition bereit sind.

Die Deutsche Volkspartei kam noch nicht zu einem offiziellen Entschluß, will aber gemeinsam mit den anderen Parteien weiterberaten. Die Bayerische Volkspartei war mit der Persönlichkeit Kochs einverstanden. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm zu der Frage der Regierungsbildung Stellung. In ihrem Beschluß brachte sie zum Ausdruck, daß sie eine neue Regierung unterstützen werde, wenn nach dem Programm und der Zusammensetzung dieser Regierung die Gewähr dafür geboten sei, daß die Interessen des werktätigen Mittelstandes gebührende Berücksichtigung fänden. Der Zentrumsvorsitzende Fehrenbach sprach sich entschieden für die Große Koalition aus. Für Dienstag mittag rief Reichsminister a. D. Koch eine gemeinsame Sitzung der Parteien ein, in der er Richtlinien für das von ihm zu schaffende Kabinett vorlegte. Die sozialpolitischen Richtlinien Dr. Kochs sind in Gemeinschaft mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns festgelegt worden. Für den Fortgang der Verhandlungen sollen ersprießliche Aussichten bestehen. In der Hauptsache handelt es sich noch immer um die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei. Die Person Dr. Kochs soll auch bei den Volksparteilern keinerlei Schwierigkeiten begegnen.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Reichskanzler Dr. Luther empfing die Vertreter der Reichstagsfraktionen zur Besprechung über die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter. Die Besprechungen, an denen Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei teilnahmen, wurden nach kurzer Zeit unterbrochen, aber später wieder aufgenommen.

Der Erlaß des Generals v. Seeckt.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Man hat so oft über die Vielregiererei geschimpft oder gespottet; man hat gescholten über die Vielregiererei von ehemals, die den Staatsbürger von der Wiege bis zur Bahre umhegte, gängelte, einengte und was sonst noch alles. Aber trotz allen Spottes scheint es bis jetzt nicht um ein Haar besser geworden zu sein. Damit geht es uns nicht anders wie den Amerikanern. Ein Witzwort sagt, daß man sich bei der Einfahrt in den Hafen von Newyork die dort stehende Riesenstatue der Freiheitsgöttin recht genau ansehen soll, weil man damit zum letztenmal etwas von Freiheit in Amerika erblicke.

Täglich speit auch bei uns die Gesetzgebungsmaschine neue Paragraphen auf den Staatsbürger aus, lieblich begleitet durch ein Trommelfeuer von behördlichen Verordnungen und Verfügungen. Jede Behörde ist besorgt, von sich reden zu machen — nur ist dieses Reden fast immer ein gröbliches Zürnen des Staatsbürgers. Und noch ängstlicher ist jede Behörde besorgt, daß man ihr nur gar nichts von ihrer „Zuständigkeit" nimmt. Es wird eben nicht nur sehr viel, viel zu viel regiert —, es wird vor allen Dingen viel zu viel von oben herab regiert, den unteren Instanzen viel zu wenig Selbständigkeit gelassen, viel zu viel den Oberbehörden „zur Genehmigung" vorgelegt —, und wenn es sich um die Anschaffung eines Scheuerlappens zum Bureauaufwischen handelt.

Früher war besonders beim Militär der „Papierkram" und das Reglementieren besonders üppig entwickelt; das hat auch im Kriege bis in den Schützengraben hinein viele Blüten getrieben. Mancher Kompagnieführer ist von der Intendantur wegen irgendeiner nicht abgelieferten Kuhhaut gepeinigt worden mit Anforderungen von Berichten. Da fällt einem die Wut ein, mit der der bekannte Generalfeldmarschall von Wrangel das „Federvieh" haßte; in derartigen Fällen schrie er dann:: „Ich schreibe nicht mit die Feder, ich schreibe mit das Schwert!" Und gerade aus Militärkreisen stammt nun eine Aktion, die heiteres Schmunzeln und fröhliche Erinnerungen erweckt. General von Seeckt hat nämlich einen Erlaß gegen die Bureaukratie und die Ressortteilkeit der verschiedenen militärischen Behörden losgelassen, der sich auch gegen den allzu schleppenden und zeitraubenden Geschäftsgang richtet. Gesuche werden wiederholt, Anordnungen erst nach Wochen ausgeführt, was nicht in einem Mangel an Fleiß, sondern in dem Überhandnehmen der bureaukratischen Sitten seine Ursache habe. „Ich fürchte, daß sich statt des Schriftverkehrs von Haus zu Haus jetzt einer von Zimmer zu Zimmer entwickelt; vor allem fürchte ich eine Ressortteilkeit, die verlangt, zu allem und jedem gehört zu werden, und nicht zuläßt, daß mir die neue Form eines Hufnagels vorgeschlagen wird, ehe nicht T. 1, 2, 3, 4, V. A., Wa. A. J. W. G., In. 1—7, Rechtsabt. und Friko ihr schriftliches Votum abgegeben haben."

Überhaupt der Hufnagel! Der hat es dem General von Seeckt anscheinend ganz besonders angetan. Er sagt humorvoll spottend in dem Erlaß: „Ich fürchte aber noch mehr, daß über diesen Hufnagel wohl von seiten der Abteilungen wie der Inspektionen einzeln alle Truppenteile befragt worden sind." Und dann das Donnerwort: „Wenn mir dann der Hufnagel zur Entscheidung mit allseitiger Zustimmung von der allein maßgebenden Vet.-Insp. vorgelegt wird, dann sind entweder inzwischen 100 Pferde unnötig lahm geworden, oder es bleibt bei dem alten bewährten Hufnagel, und Ministerium und Truppe haben umsonst gearbeitet." Natürlich ist dieser Hufnagel, wie Seeckt sagt, „als Symbol" aufzufassen. Aber er hat sich offenbar so tief dem Chef der Heeresleitung ins Herz gebohrt, daß er nun zu diesem hoffentlich beachteten Erlaß geführt hat.

Man mag nur wünschen, daß in den anderen Behördenzweigen ähnliche Erlasse nicht bloß herausgehen, sondern auch Beachtung finden. Dazu gehört aber die Beachtung nicht nur der unteren Stellen, sondern ganz besonders der oberen. Die Staatsverwaltung ist nämlich nicht Zweck an sich, sondern ist für den Bürger da, nicht aber, wie leider manchmal zu spüren ist, umgekehrt.

Deutscher Reichstag.

(136. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Dezember.

Das Haus setzte die Beratung der Anträge auf Aufbesserung der

Beamtengehälter

fort. Dabei bedauerte zuerst der Abg. **Groß** (Ztr.) die Haltung der Regierung in der Besoldungsfrage. Wenn man den Beamten, so meinte er, nichts hätte geben wollen, dann hätte man nicht solche Hoffnungen bei ihnen erwecken dürfen, die nun so bitter enttäuscht seien. Der Redner verteidigte schließlich den Ausschußantrag gegen den Vorwurf, daß er unsozial sei.

Abg. **Steinkopf** (Soz.) bestritt, daß der frühere Reichskanzler Bauer den Empfang einer Beamtendeputation abgelehnt habe und trat für den Ausschußantrag ein. Er verlangte weiter, daß auch die Reichsbahngesellschaft die gleiche Regelung für ihre Beamten vornimmt.

Abg. **Lucke** (Wirtsch. Vgg.) wandte sich dagegen, die schwere Notlage der Beamten zum Werkzeuge parteipolitischer Agitationen zu machen, und meinte, es wäre ein Unrecht, wenn man die Besoldungsgruppen VII bis XII ganz unberücksichtigt lassen würde.

Abg. **Dauer** (Bayer. Vp.) empfahl den Antrag seiner Fraktion, dem der Reichskanzler zugestimmt habe. Es habe darum keinen Zweck, weitergehende Anträge zu stellen, deren Durchführung am Widerstande der Regierung scheitern würde.

Abg. **Dietrich-Franken** (Völk.) meinte, die Beamtenschaft, die mit solchen Bettelpfennigen abgespeist werde, könne es nicht verstehen, wenn auf der anderen Seite die Reichsmittel mit vollen Händen ausgegeben würden. Wenn die Minister sich freiwillig in die Besoldungsgruppe 4 versetzen ließen, dann würden sie mehr Verständnis für die Not der Beamten haben.

Abg. **Tiedt** (Komm.) kritisierte die völlig unzureichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten.

Reichskanzler Dr. Luther

erklärte darauf, daß die Regierung es bedauern würde, wenn sich aus der Fülle der Abstimmungen ein Bild ergeben würde, das sich nicht erfüllen ließe. Für die jetzige geschäftsführende Regierung sei es unmöglich, eine Regelung zur Ausführung zu bringen, die schon eine Dauerregelung enthalte und der neuen Regierung vorgreife. Die jetzige Regierung lege das größte Gewicht darauf, daß etwas Positives zustande komme, aber man müßte immer die sehr beschränkten finanziellen Möglichkeiten im Auge behalten. Deshalb sei es das beste, wenn der Antrag der Bayerischen Volkspartei angenommen würde. Die Regierung sei damit einverstanden, den Frauenzuschlag von 5 auf 10 Mark zu erhöhen.

Es wäre gewiß zu begrüßen, so meinte der Reichskanzler weiter, wenn man die Beihilfe auch den über Gruppe 6 hinausgehenden Besoldungsgruppen gewähren könnte. Angesichts der deutschen Finanznot müsse man sich aber bei solchen Notstandsmaßnahmen auf den engsten Rahmen, in diesem Falle auf die Gruppen beschränken, bei denen die Not am größten ist. Die Länder und Gemeinden wären zu einer Ausdehnung auf weitere Gruppen nicht in der Lage. Von der preußischen Staatsregierung sei die Auskunft eingegangen, sie sei nicht in der Lage, aus eigenen Kräften den Beamten von Gruppe 7 aufwärts eine Aufbesserung zu gewähren. Eine Erschütterung der Finanzen würde die Beamten am meisten schädigen. Damit war die Aussprache beendet.

Zu dem Antrage des Haushaltsausschusses lag ein Antrag Frick (Völk.) vor, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Existenzminimums aufgebaute Besoldungsordnung vorzulegen. Der Antrag wurde im Hammelsprung mit 204 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der zweite Teil des Antrages, der eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark verlangt, wurde abgelehnt.

Die Beamtenbeihilfen.

Nachdem in langer Geschäftsordnungsdebatte sich der Reichstag entschieden hatte, zuerst über den Antrag der Bayerischen Volkspartei abzustimmen, erklärte der Abg. Steinkopf (Soz.), daß nunmehr seine Freunde zu ihrem Bedauern für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen müßten, um überhaupt etwas für die Beamten zu retten. Nach der Annahme eines Änderungsantrages wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit in der Form angenommen, daß als einmalige Weihnachtsbeihilfe gezahlt werden soll den Beamten, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen 1—4 ein Viertel, den Beamten usw. der Gruppen 5—6 ein Fünftel des Dezembergehalts, mindestens aber den Ledigen 30 Mark, den Empfängern eines Frauenzuschusses mindestens 40 Mark, den Empfängern von Kinderzuschüssen außerdem 5 Mark, den Vollwaisen insgesamt 10 Mark, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ein Viertel der Dezemberbezüge. Die weiteren Anträge waren damit erledigt.

Angenommen wurde weiter eine Entschließung der Demokraten, daß die Reichsbahngesellschaft die den Ausgewiesenen gewährten Darlehen zum vollen Betrage niederschlagen möge. Weiter wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen auf Vorlegung einer Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Übersicht über die zurzeit laufenden Pensionen und Wartegelder sämtlicher Reichskanzler, Reichsminister, Staatssekretäre und Generäle aller Grade außer Dienst und im einstweiligen Ruhestande.

Schließlich gelangte noch der Antrag der Deutschnationalen zur Annahme, der schleunigst einen Gesetzentwurf zur Regelung der Ministerpensionsgehälter verlangt.

Der Gesetzentwurf zur Entlastung des Reichsgerichts wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Lesung in der unveränderten Ausschußfassung angenommen. Ebenso eine Novelle zur Staatswirtschaftsordnung, wonach bei Übertretung und Privatklagesachen das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme bestimmt.

Debattelos wurde weiter der Gesetzentwurf über die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch nachmittag. Auf der Tagesordnung steht die Herabsetzung der Lohnsteuer.

Preußischer Landtag.

(109. Sitzung.) tt. Berlin, 15. Dezember.

Das Haus setzte heute die dritte Beratung des Haushalts beim Justizhaushalt fort. Zunächst berichtete Abg. **Göbel** (Ztr.) über die Ausschußberatung zu der Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit in Preußen, deren Genehmigung der Ausschuß empfiehlt.

Stürmische Auftritte

entwickeln sich, als für die Sozialdemokraten der Abg. Lewerenz-Krefeld eine Erklärung abgibt, in der er bemerkte, daß den Sozialdemokraten bekanntgeworden sei, daß ein Abgeordneter sich zum Wort gemeldet habe, gegen den der Vorwurf der Anstiftung zum Mord erhoben worden ist. Wenn dieser Abgeordnete es wage, an das Rednerpult des Preußischen Landtages zu treten, so würde damit das Haus beschmutzt werden.

Als darauf der völkische Abgeordnete Wulle zur Rednertribüne schritt, verließen die Sozialdemokraten geschlossen den Saal. Dem völkischen Redner gelang es gleichwohl nicht, zu Worte zu kommen. Namentlich von seiten der Kommunisten wurden ihm laute Schmährufe zugerufen. Da es dem Präsidenten Garnich nicht gelang, den Lärm zu unterbinden, mußte schließlich die Sitzung auf einige Minuten unterbrochen werden. Nach zehn Minuten eröffnete der Präsident die Sitzung von neuem und teilte mit, daß er verpflichtet sei, jedem Abgeordneten zu seiner Rede die Ruhe des Hauses zu verschaffen. Er forderte deshalb die Fraktionen auf, ihn in der Geschäftsführung zu unterstützen, da er sonst von den schärfsten Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch machen müßte. Darauf verlassen die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal.

Abg. Wulle (Völk.) wendet sich gegen die Aussagen des Grütte-Lehder in dem bekannten Fememordprozeß. Der Ermordete, Oberleutnant Müller, habe sich als Defraudant schlimmster Sorte erwiesen und Grütte-Lehder hatte sich erboten, in dem Stettiner Bezirk Ordnung zu schaffen. Deswegen habe er von ihm und Herrn Kube den Ausweis bekommen. Seit dem Ausweis habe er, Wulle, sowie sein Parteifreund Kube weder von Grütte-Lehder etwas gehört, noch ihn jemals wieder gesehen. Was Grütte-Lehder in dem Prozeß behauptet hat, hat er getan, um sich zu retten. Alles, was Grütte-Lehder im Prozeß gesagt habe, erstunken und erlogen.

Die Barmat-Angelegenheit.

Vorher hatte Staatssekretär Fritze die Große Anfrage der Kommunisten wegen Barmat dahin beantwortet, daß das Strafverfahren gegen Barmat nicht eingestellt sei, daß vielmehr Beschluß zu fassen sei wegen Eröffnung des Hauptverfahrens. Anlaß zu der Vermutung, daß Barmat Vermögensstücke in Sicherheit gebracht habe, liege nicht vor.

Das Verfahren gegen die Brüder Isaak und David Barmat sei eingestellt worden, weil die Staatsanwaltschaft keinen Anlaß mehr sah, die Anklage aufrechtzuerhalten. Bei dieser Sachlage habe die Ausreise der erwähnten Barmats natürlich nicht gehindert werden können.

Frau Kuuert (Soz.) berichtet über die Ausschußberatungen zu dem Antrage über Wochenhilfe und Mutterschaftshilfe, während Frau Abg. Ege (Soz.) den Bericht über den Antrag erstattet, der sich mit der Erwerbsarbeit der schwangeren Frauen und Mädchen beschäftigt. Der Ausschuß verlangt Einwirkung auf die Reichsregierung für eine ausgedehnte Schwangeren- und Wochenhilfe und -fürsorge.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer

weist in Beantwortung einer Großen Anfrage darauf hin, daß für Siedlungszwecke in den vergangenen Jahren vom Staate den Fürsorgegesellschaften genügende Mengen staatliches Festholz zu mäßigen Preisen nachgewiesen seien, deren Verbrauch auch festgestellt sei. Dabei hätten die Gesellschaften sogar erhebliche Fehlbeträge aufzuweisen gehabt. Der Minister äußert sich dann noch zu dem Beleidigungsprozeß der Mitteldeutschen Heimstättengesellschaft gegen die Zeitschrift Der Holzmarkt. Der Behörde war Unlauterkeit und Eigennutz vorgeworfen worden. Trotz ungünstiger wirtschaftlicher Zustände sei es der Heimstätte gelungen, den durch verlustreiche Holzgeschäfte drohenden Schaden abzuwenden. Die Große Anfrage der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Hergabe größerer Waldteile und bedeutender Geldmittel an die Kriegerheimstätten-A.-G. zur Ausführung von Industrieanlagen bei Velten beantwortet der Minister dahin, daß dafür insgesamt rund 4½ Millionen Mark Staatsmittel bisher zur Verfügung gestellt seien. Rund 2¾ Millionen Mark stammten davon aus Reichsmitteln, der Rest aus preußischen Staatsmitteln.

Abg. **Zachert** (Soz.) setzt sich im Sinne eines Antrages seiner Partei für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter in der mittelschlesischen Textilindustrie ein.

Abg. **Ladendorff** (Wirtsch. Vgg.) erklärt sich mit den Äußerungen des Wohlfahrtsministers über die Mißwirtschaft bei den Wohnstättengesellschaften nicht einverstanden. Damit ist die dritte Etatberatung beendet.

Das Haus wendet sich sodann den Abstimmungen zu. Dabei findet eine Entschließung Annahme, die das Staatsministerium ersucht, mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung immer wieder einzuwirken, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit versuche, eine

Revision der Ostgrenzen

herbeizuführen. Annahme findet ferner ein Antrag, daß zum Zwecke der Abgeltung von Putschschäden in Oberschlesien besondere Richtlinien herausgegeben werden sollen. Den jüdischen Synagogengemeinden werden 250 000 Mark zur Verfügung gestellt. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf Errichtung einer simultanen pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. wird angenommen. Die Anträge zum Fall Schillings, die fristlose Entlassung des Intendanten zurückzunehmen und eine baldige Lösung des Konflikts herbeizuführen, wurden abgelehnt.

Tagung der Preußischen Generalsynode.

Abstimmung über den Bischofstitel.

Nach fünfstündiger außerordentlich bewegter Debatte erfolgte die Abstimmung über die Frage der neuen Amtsbezeichnung der neuen Generalsuperintendenten. Mit Stimmenmehrheit wird das von der Gruppe der Evangelisch-Lutherischen beantragte erste Kirchengesetz der neuverfaßten Kirche in erster Lesung angenommen. Das Gesetz bestimmt, daß den Generalsuperintendenten gemäß Art. 111 Abs. 2 der Verfassung die Amtsbezeichnung Bischof beigelegt wird. Die Provinzialkirchenräte haben das Recht, innerhalb von zwei Monaten nach Verkündigung des Gesetzes die einstweilige Fortdauer der seitherigen Amtsbezeichnung innerhalb ihrer Kirchenprovinz zu beschließen. Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung durch die Provinzialsynode. Der angenommene Gesetzentwurf geht nun zur nochmaligen Bearbeitung an den Verfassungsausschuß zurück.

Nach der Bischofsfrage lenkte die Entwicklung der gesamtkirchlichen Finanzlage die Aufmerksamkeit des Hauses auf sich. Auf Antrag ihres Finanzausschusses (Berichterstatter: Superintendent Müller-Schlomka-Fürstenberg) ermächtigt die Generalsynode den Kirchensenat zur Feststellung des Haushaltsplanes der Kirche für das Rechnungsjahr 1926. Für die Kirchensteuer soll bei den zuständigen Stellen dahin gewirkt werden, daß eine dem wirklichen Einkommen entsprechende Veranlagungsunterlage möglichst bald geschaffen werde.

Eine Frage von allgemeinem Interesse trat dann in einem Bericht des Agendeausschusses (D. Hoffmann-Breslau) vor die Versammlung. Es handelt sich hier um eine zeitgemäße Reform der Gottesdienstordnung, zu der, wie der Berichterstatter hervorhebt, insbesondere das neue, unerhörte Erleben des letzten Jahrzehnts die zwingende Veranlassung bildet. Aus diesen Erwägungen heraus haben auch die Generalsuperintendenten Richtlinien für eine Neugestaltung der Agende aufgestellt. Die Generalsynode überträgt diese Aufgabe dem Kirchensenat.

Ein Antrag Dr. Preiser beauftragt den Kirchensenat, der nächsten Tagung der G. S. eine Vorlage über die anderweitige Amtsbezeichnung des geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrats, der Generalsuperintendenten und Superintendenten zu machen. Der Antragsteller bezeichnet seinen Antrag als einen Versuch, die ganze Frage zu entgiften. Hier wird die Sitzung unterbrochen, um den Gruppen zur Stellungnahme zu dem neuen Antrag Zeit zu geben.

Nach einer nochmaligen ausgedehnten Debatte wird abgestimmt. Die Abstimmung über die Frage ist eine namentliche. Es werden abgegeben für den Antrag Preiser 131, gegen den Antrag 73 Stimmen. Der Antrag ist damit angenommen. Mit diesem Beschluß ist der Beschluß erster Lesung hinfällig geworden und die endgültige Entscheidung der Bischofsfrage bis zur nächsten Tagung der Generalsynode, voraussichtlich im Herbst 1926, vertagt.

Neue französische Regierungskrise?

Finanzminister Loucheur gefährdet.

Die Vorlagen des Finanzministers Loucheur sind in der Finanzkommission der Kammer, mit Ausnahme des Gesetzes über die Steuerhinterziehung, mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt worden. Man erwartet den Rücktritt des Ministers.

Briand soll erklärt haben, „daß ihm seine Erfahrungen mit Loucheur genügten und daß er ihn ohne Bedauern scheiden sehe“, Loucheur dagegen „klammere sich dagegen an seinen Ministersessel und wolle das Beispiel Caillaux' nachahmen“, d. h. also, das Gesamtkabinett zum Rücktritt zwingen. In der Tat wird denn auch bereits diese Möglichkeit als äußerste Lösung ins Auge gefaßt, eine Möglichkeit, die natürlich nicht nur die übrigen Minister, sondern auch die Mehrzahl des Parlaments gern vermeiden möchte. Man erklärt, daß in diesem Falle Briand abermals mit der Kabinettsbildung beauftragt werde. Der allgemeinen Stimmung würde es jedoch mehr entsprechen, wenn Loucheur allein zurücktritt oder schließlich auch, wenn man ein Kompromiß schlösse.

Entscheidung in der Mossulfrage.

Verlängerung des englischen Irakmandats um 25 Jahre.

Der amtliche englische Funkdienst meldet: Im Foreign Office ist ein Telegramm von Chamberlain eingetroffen, das die Entscheidung des Völkerbundes im Mossulkonflikt bekanntgibt. Das Wilajet Mossul ist in geheimer Ratsitzung dem Irak unter der Bedingung zugesprochen worden, daß das englische Irakmandat auf 25 Jahre verlängert wird. Chamberlain wünscht in seinem Telegramm die Zustimmung des Gesamtkabinetts zu dieser Entscheidung. Der Völkerbundrat, hat die Bekanntgabe der Entscheidung bis zum Eintreffen der Zustimmung aus London aufgeschoben.

Durch diese Entscheidung hat England einen großen Sieg errungen, denn es ist kaum anzunehmen, daß das englische Kabinett dieser Entscheidung des Völkerbundes seine Zustimmung versagen wird. In Mossul warten große Petroleumvorkommen der Ausbeutung und so wird Englands Wirtschaft durch den Völkerbund neu gestärkt. Ob die Türkei sich mit dieser Entscheidung zufrieden geben wird, ist noch fraglich, da sie den Völkerbundentscheid nur als einen Vermittlungsversuch in ihrem Kampfe ums Recht betrachtet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Novelle zum Genossenschaftsgesetz.

Der Reichsrat hielt am Montag eine öffentliche Vollsitzung ab. Angenommen wurde u. a. eine Novelle zum Genossenschaftsgesetz. Nach dem bisherigen Gesetz konnte bei Genossenschaften mit mehr als 10 000 Mitgliedern eine Generalversammlung in der Weise abgehalten werden, daß nicht die Mitglieder, sondern Vertreter die Generalversammlung bilden. Ferner konnte gegebenenfalls derselbe Beschluß bei Genossenschaften von mehr als 3000 Mitgliedern gefaßt werden. Beide Zahlen haben sich nach den Erfahrungen als zu hoch gegriffen erwiesen und werden daher durch die Novelle auf 3000 und 1500 herabgesetzt.

Dr. Stresemann über Locarno.

Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Berlin sprach der Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage im besonderen Hinblick auf Locarno. Nach dem fast zweistündigen Vortrage fand eine Aussprache statt, an der sich u. a. für die deutschen Westverbände Professor Dr. Ruehlmann, für den Bund der deutschen Ostverbände General von Wrisberg, für den österreichisch-deutschen Volksbund Schriftführer Hermann Kienzl beteiligten. Die Versammlung leitete der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Präsident a. D. Dr. Kaufmann, der zum Schluß die Hoffnung auf günstige Auswirkung des Vertrages aussprach.

Denkschrift über die Sozialversicherung.

Dem Reichstage ist eine Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über die Sozialversicherung 1924/25 zugegangen. In der Denkschrift wird festgestellt, daß der Gesamtaufwand in der Sozialversicherung im Jahre 1913 sich auf 1,431 Milliarden, im Jahre 1924 auf 2,016 Milliarden und im Jahre 1925 auf 2,343 Milliarden belief. Es werden dann die Verhältnisse bei den einzelnen Versicherungsarten eingehend erörtert und die Ergebnisse bei den einzelnen Versicherungen zusammengestellt.

Deutsche Schulfragen in Südslawien.

Der jugoslawische Unterrichtsminister Stephan Raditsch empfing eine Deputation der Marburger Deutschen, die ihn baten, die deutschen Parallelklassen an den Schulen nicht aufzulösen. Der Minister wies darauf hin, daß jede Kulturfrage in der Minderheit gleichzeitig eine politische Frage sei. Raditsch sagte dann weiter: „Bleiben Sie, meine Herren, weiter so ehrlich, wie es den Deutschen geziemt. Bleiben Sie unsere loyalen Staatsangehörigen, und ich bürge dafür, daß sich ein Modus finden lassen wird, der es Ihnen ermöglicht, Ihren Kindern Unterricht in der Muttersprache zu erteilen.“

Schweiz.

× **Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz.** Der Völkerbundrat beschloß in einer geheimen Sitzung, einen vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz einzusetzen, der jedoch nicht, wie die Franzosen es vorgeschlagen hatten, aus Vertretern von Regierungen und bestimmten Organisationen, sondern entsprechend der englischen Auffassung aus Persönlichkeiten als Sachverständigen bestehen wird, die infolge ihrer persönlichen Erfahrungen für die Arbeiten zur Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz am besten geeignet sind.

Italien.

× **Kein Ausgleich des Papstes mit Italien.** Im geheimen Konsistorium hielt der Papst eine viel bemerkte Ansprache, in der er seine Genugtuung über den Verlauf des Heiligen Jahres aussprach, das verbrecherische Attentat gegen Mussolini verurteilte und die Unversöhnlichkeit des Vatikans hinsichtlich der römischen Frage betonte. Er sagte: „Die Gläubigen aus allen Teilen der Welt haben sich durch den Augenschein davon überzeugen können, daß die Lage, in der sich das Oberhaupt der katholischen Kirche befindet, nicht seinem Rang als höchste Autorität einer universalen und in ihrer Art vollkommenen Gemeinschaft entspricht, wie sie die Kirche ihrem Wesen nach als göttliche Einrichtung darstellt.“ Die kürzlichen Nachrichten über einen angeblich bevorstehenden Ausgleich des Vatikans mit der italienischen Regierung waren also falsch.

Nordamerika.

× **Deutsche Schatzscheine in Amerika.** Die amerikanische Regierung drang bei dem Obersten Gerichtshof nicht mit ihren Bemühungen durch, die amerikanischen Inhaber deutscher Schatzanweisungen daran zu hindern, ihre Ansprüche aus den Guthaben der deutschen Regierung zu befriedigen. Es handelt sich um die Guthaben, die seinerzeit vom Treuhänder für das feindliche Eigentum beschlagnahmt waren.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Austausch der Ratifikationsurkunden über den deutsch-italienischen Handelsvertrag fand in Rom statt; der Vertrag tritt infolgedessen am 16. Dezember in Kraft.

Berlin. Im Reichstage ist ein Antrag der Bayerischen Volkspartei eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit Bayern im Hinblick auf die außerordentliche Notlage der im Elsaß beschäftigten, aber in der Pfalz wohnenden Arbeiter im Grenzverkehr mit Elsaß-Lothringen weitgehende Erleichterungen zu gewähren.

Karlsruhe. Die Technische Hochschule Karlsruhe verlieh dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Oser, auf Grund seiner Verdienste um die technische und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Eisenbahnen die Würde eines Doktor-Ing. ehrenhalber.

Genf. Nach Abschluß der Tagung des Völkerbundrates wird sich Chamberlain auf einen Monat zur Erholung nach Venedig begeben. Es verlautet, daß auch Tschitscherin wenige Tage später zur „Erholung“ in Venedig eintreffen werde.

London. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, begleitet von dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, ist nach den Vereinigten Staaten abgereist.

Rom. Die faschistische Partei verbietet im Anschluß an die kürzlichen Veröffentlichungen des „Osservatore Romano“ allen Lokalsekretären, Angehörige eines geistlichen Ordens beiderlei Geschlechts aufzufordern, in die faschistische Partei einzutreten.

Newyork. In Washington ist die Einladung des Völkerbundes zur Abrüstungsvorbereitung eingetroffen. Bisher sind noch keine Kommentare darüber veröffentlicht.

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

48] (Nachdruck verboten.)

Bühren küßte Bettina ehrerbietig die Hand und ging, um sofort Ernst aufzusuchen und ihn zu Bettinas Schutz nach Hause zu schicken. Er wußte, dieser vermochte mehr für sie zu tun als er.

Bettina wandte sich nach seinem Fortgehen an Frau Adolphine und Peter.

„Gestattet mir, daß ich euch jetzt gleich Lebewohl sage. Ich muß sofort aufbrechen, wenn ich meinen Zug erreichen will,“ sagte sie leise.

Peter Aßmann sah sie bekümmert an.

„Mußtest du uns das antun? Konntest du Bührens Werbung nicht annehmen? Dann war alles gut.“

„Ich konnte nicht anders handeln als ich getan habe. Seid mir nicht böse, laßt mich in Frieden scheiden. Ich bin nicht schuldig in dem Sinne, als ihr glaubt, ich war nur unbesonnen und wußte mir nicht anders zu helfen.“

„Du möchtest uns natürlich eine romantische Erklärung auftischen für deine Leichtfertigkeit,“ sagte Frau Adolphine giftig.

„Nein, Tante, das will ich nicht. Es hat ja auch keinen Zweck. Du hast ein Recht, mich aus deinem Hause zu weisen, denn ich habe gegen die Regeln verstoßen, die dir maßgebend sind. Auch habe ich lange genug eure Güte in Anspruch genommen. Ich danke euch herzlich und innig für alles, was ihr mir gutes angetan habt. Alt genug bin ich ja, um mich auf eigene Füße zu stellen.“

„Und wo willst du hingehen jetzt?“ fragte Peter besorgt und sah seine Frau heimlich forschend an.

„Ich begebe mich zunächst in eine Pension in Thüringen. Vorläufig nehme ich nur meine nötigsten Sachen mit. Weiß ich erst, wo ich dauernd bleibe, dann schreibe ich dir, Tante Adolphine, und ich bitte dich, mir meine übrigen Sachen nachsenden zu lassen.“

„Es ist gut,“ erwiderte Adolphine kalt.

Kalt war auch ihre Hand, die steif und reglos einen Augenblick in Bettinas lag. Onkel Peter drückte jedoch warm die Hand des jungen Mädchens.

„Wenn du je in Not kommen solltest, ich werde dir immer beistehen,“ sagte er bewegt.

Sie sah ihm mit feuchten Augen in das Gesicht und beugte sich schnell über seine Hand, diese mit ihren Lippen berührend. Dann ging sie schnell aus dem Zimmer, ohne sich noch einmal umzusehen.

Peter Aßmann sah ernst in das Gesicht seiner Frau.

„Adolphine — warst du nicht zu hart?“

Sie kniff die Lippen zusammen. Dann sagte sie kalt:

„Der Handkuß hat dich wohl schwach gemacht? — Ja — sie versteht es, sich einzuschmeicheln. Ich sehe weiter als du. Bettina muß aus dem Hause. Denke daran, daß du zwei erwachsene Söhne hast. In welchem Verhältnis sollten sie in Zukunft mit ihr stehen, nachdem sie sich durch ihren Leichtsinn selbst in Mißkredit gebracht hat.“

Peter sah nachdenklich aus.

„Daran habe ich freilich noch nicht gedacht. Aber ich meine, wir hätten die ganze Angelegenheit erst aufklären sollen. Bettina macht mir in keiner Weise den Eindruck einer Schuldigen.“

„Um so schlimmer. Laß dir sagen, daß Ernst eine bedenkliche Vorliebe für Bettina an den Tag legt. Bleibt sie im Hause, ist es nicht unmöglich, daß sich da eine Liebelei entwickelt — deshalb war ich so „hart“, wie du es nennst. Ich nenne es nur vernünftig.“

Dagegen konnte Peter nichts mehr einwenden.

Und so verließ Bettina das Haus, in dem sie lange Jahre eine Heimat gefunden hatte. Um ihren Hals trug sie unter dem Kleid das Goldkettchen mit dem Türkisen-Medaillon, daß ihr Großtanting einst mit Segenswünschen geschenkt hatte. Ehe sie es umlegte, hatte sie es geküßt. „Mein Talisman,“ flüsterte sie dabei leise und eine große Ruhe kam über sie. Sie war um ein Jahr gereift in diesen Stunden der Not. —

Bühren fand Ernst noch im Baubureau. Dieser hatte es noch nicht über sich vermocht, nach Hause zu gehen, wo nach seiner Meinung ein glückliches Brautpaar auf seine Gratulation wartete. Erstaunt und betroffen sah er auf, als er Bühren mit ernstem, nichts weniger als frohem Gesicht vor sich sah. Sofort erhob er sich.

„Nun?“ fragte er erwartungsvoll. „Ist alles in Ordnung? Darf ich — darf ich gratulieren?“

Bühren schüttelte den Kopf.

„Nein. Fräulein Sörrensen hat mich mit meiner Werbung abgewiesen.“

Ernst zuckte zusammen.

„Abgewiesen — abgewiesen? Das — nein, das verstehe ich nicht.“

„Fräulein Sörrensen liebt mich nicht und will keinem Mann angehören, den sie nicht liebt.“

„Bettina liebt Sie nicht? Ja, um Himmelswillen — warum ist sie dann bei Ihnen gewesen? Was soll das alles heißen?“

„Um Ihnen alles zu erklären, bin ich zu Ihnen gekommen. Auf meine Bitte hat mir Fräulein Sörrensen mein Wort zurückgegeben. Ihnen soll ich alles sagen, denn von Ihnen verkannt zu werden, schien ihr das bitterste.“

Ernst sah Bühren mit dunklen Blicken an.

„So sprechen Sie — ich bitte — sprechen Sie,“ stieß er erregt hervor.

Bühren sah den gequälten Ausdruck in den Augen dieses Mannes. Und es wurde ihm nun zur Gewißheit, daß Ernst Aßmann und Bettina Sörrensen sich liebten. Er holte tief Atem und erzählte dann alles, was sich am vergangenen Abend zugetragen hatte, auch, daß Bettina so dringend gewünscht hatte, Ernst zu ihm zu schicken und ihn nicht gefunden hatte.

Der Baumeister hörte reglos zu, nur in seinen Augen zuckte heißes, flammendes Leben. Zum Schluß sagte Bühren:

„Ich gestehe offen, daß ich auch von dem Wahn befangen war, Fräulein Sörrensen hege ein tieferes Interesse für mich. Gleich Ihnen glaubte ich, so etwas tut eine Frau nur, wenn sie liebt. Aber wir haben beide die schlichte Seelengröße der jungen Dame nicht begreifen können. Aus rein menschlichem Erbarmen ist sie zu mir gekommen, um mich vor dem Schicksal zu behüten, welches ihren Bruder einst betroffen hatte.“ (Fortsetzung folgt.)

Vermischte Drahtnachrichten vom 15. Dezember.

Die Einquartierungen in Jülich.

Berlin. Wie mitgeteilt wird, sind seinerzeit in Jülich 145 Wohnungen von den Besatzungsbehörden angefordert worden. Auf deutsche Vorstellungen hin ist die Anforderung später zurückgezogen worden. Jetzt sind von dem Ortskommandanten von Jülich 40 Wohnungen angefordert worden. Auf deutschen Einspruch hin hat das belgische Oberkommando erklärt, daß diese Anforderung zu Unrecht erfolgt ist. Infolge der Umgruppierung der Besatzungstruppen werden nur fünf neue Wohnungen zur Verfügung zu stellen sein, die von je einem Belgier und Deutschen bestimmt werden sollen.

Bozen ohne Weihnachtsbaum.

München. Nach Meldungen aus Bozen ist dort das Verbot erlassen worden, die Weihnachtsfeiern in der bisherigen Weise vorzunehmen und einen geschmückten Tannenbaum aufzustellen, da diese Art der Feiern den Italienern unbekannt ist. Über das Verbot herrscht in Südtirol begreifliche Aufregung, so daß es möglich erscheint, dieses Verbot über Rom suspendieren zu lassen.

Aufdeckung einer Falschmünzerwerkstatt.

Hamburg. Die hiesige Kriminalpolizei entdeckte eine großangelegte Falschmünzerwerkstatt. Es wurden Pressen, gravierte Zinkplatten, Photographien und fertige und halbfertige Scheine beschlagnahmt. Ein Hamburger Ingenieur wurde wegen Mittäterschaft in Haft genommen.

Ein Boxer ermordet.

Newyork. Der bekannte Halbschwergewichtsboxer Battling Siki wurde in einer Straße Newyorks ermordet aufgefunden.

Kanadische Ansiedlungspolitik.

Winnipeg. Nach einer Mitteilung des Stellvertreters des Ministers für Einwanderungsfragen, Charles Stewart, plant Kanada eine Belebung seiner Einwanderung aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Irland und dem übrigen Europa. Stewart äußerte, daß Kanada jährlich 200 000 landwirtschaftliche Ansiedler aufnehmen könne. Der nächsten Parlamentstagung im Januar werde ein umfassendes Programm der kanadischen Ansiedlungspolitik vorgelegt werden. Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften hätten bereits ihre Mitwirkung zugesagt.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 17. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{8}	Mondaufgang	9^{37} V.
Sonnenuntergang	3^{44}	Monduntergang	5^{44} N

1887 Hermine, die zweite Gemahlin des ehemaligen Kaiser Wilhelm II., geb. — 1889 Der Geschichtsschreiber Wilhelm von Giesebrecht gest.

□ **Landwirtschaftliche Lehrfilme.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, werden durch Bekanntmachung des preußischen Landwirtschaftsministers folgende Filme als „landwirtschaftliche Lehrfilme" anerkannt: 1. Tuberkulose des Hausgeflügels; mit Unterstützung des Bakteriologischen Instituts der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen; 2. Die Schweinezucht; Haltung und Fütterung in der Versuchswirtschaft Ruhlsdorf, Kr. Teltow. Die Filme sind durch Vermittlung des Zentralausschusses für Landlichtspiele, Berlin SW 11, Bernburger Straße 13, zu beziehen.

):(**Der Christliche Verein junger Männer** hielt am Sonntag abend in der Füllnerkantine eine Versammlung ab, die Herr Vikar Trenner leitete. Ein neues Mitglied wurde aufgenommen und das Weihnachtsfest besprochen. Auch wurde Stellung genommen zur Gründung eines Musikkorps und beschlossen, bei Mitglied Heinrich jun. Uebungsabende abzuhalten. Herr Rektor Illmer hielt einen längeren, äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über die Stein-, Bronze- und Eisenzeit.

):(**Der Kathol. Gesellenverein** hielt am Montag abend im „Schles. Adler" seine Versammlung ab. Es wurde beschlossen, die übliche Weihnachtsfeieer am 28. d. Mts. zu veranstalten. Zu der Weihnachtsfeier am 3. Januar sind die Vorbereitungen im Gange. Zwei neue Mitglieder wurden aufgenommen. Herr Wagner trug aus Anlaß des 60. Todestages Vater Kolpings ein von ihm selbst verfaßtes Gedicht vor. Herr Lehrer Liebig erstattete ausführlichen Bericht über die in Hirschberg stattgefundene Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege. Herr Gutstein gab einige wichtige Hinweise auf die ordnungsmäßigen Abzüge zur Invaliden-Versicherung und Lohnsteuer. Zum Schluß las Herr Lehrer Liebig eine Humoreske „Beim Photographen" vor, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

hy. **Das Tragen von Abzeichen in Berufs- und Fachschulen** ist nach einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, der sich im wesentlichen mit dem schon früher ergangenen Erlaß des Unterrichtsministers deckt, verboten. Jede Mißachtung der Reichsfarben ist, gegebenenfalls durch Verweisung von der Anstalt, zu ahnden.

* **Der Haubenzwang vor dem Oberpräsidenten.** Nachdem die Liegnitzer Regierung die Beschwerde der Görlitzer Fleischer über den Haubenzwang abgewiesen hat, ist die Angelegenheit durch Vermittelung des Obermeisters Kiefer (Breslau) beim Oberpräsidenten in Breslau vorgebracht worden Görlitz ist übrigens die einzige Stadt im Deutschen Reiche, in der die Fleischerfrauen Hauben tragen müssen.

nl. **Lauban,** 16. Dezember. (Schwerer Diebstahl.) In der letzten Nacht wurde in einem hiesigen Konfektionsgeschäft ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe erbeuteten eine große Menge Pelzwaren und Kleiderstoffe. Die Nachforschungen nach den Tätern blieben bisher ergebnislos.

hy. **Liegnitz,** 15. Dezember. (Von der Anklage der wissentlich falschen Anschuldigungen) wurde heute in der Berufungsinstanz ein hiesiger Geschäftsmann freigesprochen, nachdem das erstinstanzliche Urteil anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 1 Monat auf 100 R. M. Geldstrafe gelautet hatte. Der Angeklagte hatte einen Mitbewohner des Hauses der Steuerhinterziehung beschuldigt, wobei er sich an die angeblichen Aussagen der Buchhalterin des Angezeigten gehalten haben will. Es ergab sich, daß der Angeklagte zumindesten im guten Glauben gehandelt hat.

hy. **Liegnitz,** 15. Dezmber. (Das Münchener Bierfest.) Ein hiesiger früherer Gastwirt veranstaltete ein Münchener Bierfest. Da die bestellten Münchener Biergläser nicht eintrafen, und er das echte barische Maß nicht in anderen Gläsern ausschenken wollte, entschloß ersich, Bier der Liegnitzer Aktienbrauerei seinen Gästen vorzusetzten. Er machte sich, da das Lokal mit den Originalplakaten der liefernden Münchener Brauerei geschmückt war, des Vergehens gegen § 14, 15 und 20 des Gesetzes zum Schutze des Warenbezeichnung schuldig. Die gegen das Urteil von 60 R. M. Geldstrafe eingelegte Berufung zog der Angeklagte vor Eintritt in die heutige Berufungsverhandlung zurück.

nl. **Neustadt,** 15. Dezember. Tödlicher Unfall. Ein Kutscher, der Langholz fuhr fiel so unglücklich vom Wagen, daß er unter die Räder zu liegen kam und ihm die Schädeldecke abgequetsch wurde. Der Tod trat sofort ein.

nl. **Giesmannsdorf,** 15. Dezember. (Ein sechsjähriger Retter). Am Nachmittag gingen drei Knaben von sechs Jahren zu einem Teiche außerhalb des Dorfes, wo zuvor Eis gebrochen worden war. Der kleine Johannes Petzold kam aber zu nahe an die Oeffnung, glitt aus nnd fiel bis zum Halse ins Wasser. Er wäre rettungslos ertrunken, wenn sein Spielkamerad H. Biegner den Schneid gehabt hätte, ihn mit Hilfe des anderen Knaben wieder herauszuholen. Dies verdient umso mehr Anerkennung als sonst Kiner häufig eher davonlaufen als etwas Besonnenes zu tun.

nl. **Schweidnitz,** 16. Dezember. (Zwillinge im Reisekorbe.) Ein nicht alltägliches Transportmittel benutzte hier ein junges Ehepaar bei einer Bahnfahrt. Beim Einsteigen verluden sie einen großen Reisekorb und als sie denselben später im Abteil öffneten, entpuppte sich der Inhalt zum Staunen der Mitreisenden als ein paar munterer Zwillinge.

nl. **Glogau,** 16. Dezember. (Fortnahme der Schutzpolizei.) Infolge Durchführung der neuen Schutzpolizeivorschriften werden vielerorts die Kommandos der Schutzpolizei aufgelöst oder z. T. anderswo verwandt. Wie es heißt, trifft auch das hiesige Kommando dieses Schicksal. Ein Teil der Beamten wird nach Köln versetzt. Als Ersatz soll in Glogau die Kommunalpolizei wieder verstärkt werden.

nl. **Kosel,** 16. Dezember. (Verhängnisvoller Streit.) Der Häusler Adolf Michna in Dziergowitz befand sich in einem Gasthause und kam mit anderen Gästen wegen politischen Angelegenheiten in Streit. Er wurde von einem der Gegner aus dem Schankraum herausgestoßen, wobei er so unglücklich stürzte, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug, dem er bald darauf erlegen ist.

nl. **Löbau,** 16. Dezemberr. (Tod durch Elektrizität.) Bei Reinigungsarbeiten im Städtischen Elektrizitätswerk ist am Sonntag der 41jährige Monteur Tschieesch durch den elektrischen Strom getötet worden.

Aus Böhmen.

nl. **Brüx,** 16. Dezember. (Zwischen den Puffern zerquetscht). Am Osseger Bahnhof geriet der Bahnbedienstete Wenzel Jarosch beim Rangieren zwischen die Puffer und wurde buchstäblich zerquetscht. Als die Frau mit dem dreijährigen Kinde von einem Weihnachtseinkauf heimkehrte, lag der Vater bereits in der Leichenhalle.

Aus der Leinestadt.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Hannover, Mitte Dezember.

Der Vorhang über den ersten Akt dieses Winters ist gefallen. Er ist herniedergerauscht in des Wortes wahrster Bedeutung, denn es war ein Regenvorhang. Der Zwischenakt brachte den „Dreck vor Weihnachten", von dem einstmals die Geschäftsleute sagten, daß er nun einmal zum Weihnachtsgeschäft dazugehöre. Die Freunde des Wintersports flaggen natürlich auf halbmast; sie sind begeistert, wenn an der Stange vor dem Bahnhof die weiß-grün geviertelte Fahne hängt, die verkündet, daß am Sonntagmorgen in aller Frühe ein billiger Sonderzug zum Harz fährt, der die „langen Bretter", Rodelschlitten und sonstiges Sportgerät unentgeltlich mitnimmt. Wem als Nichtbeteiligten ein Bobsleigh oder Skeleton auf den Kopf fällt, hat es sich, so sagt die Eisenbahn, selber zuzuschreiben. Das einzige Mal, an dem bisher der Wintersportsonderzug nach Goslar und Wernigerode gefahren ist, hat die Eisenbahn ein gutes Geschäft gemacht. Inzwischen ist das Thermometer gestiegen und rauscht der Regen auch im Harz, daß die Hoteliers, die jetzt den Schnee als Verbündeten brauchen, lange suchen müssen, bis sie etwas finden, was einer Skiföhre ähnlich sieht. Die jungen Damen mit den wohlproportionierten Breeches und die darin verliebten jungen Herren sowie die älteren, meist am Bahnhof zurückbleibenden Damen mit den schwiegermütterlichen Anwandlungen bedauern den Witterungsumschlag sehr.

Wir gewöhnlichen Erdgeborenen sind darüber etwas anderer Meinung. Zwar war der Wald, die Eilenriede, der Stolz aller Hannoveraner, prächtig in seinem winterlichen Schmuck, aber gewöhnlich sind wir doch auf die Straßen der Stadt angewiesen, und diese waren nicht gerade einladend. Die Vorkriegszeiten sind auch in dieser Beziehung noch nicht wiedergekehrt. Zwar sind unsere Straßen im allgemeinen wieder schön sauber, aber so starken Schneefällen, wie wir sie Ende vorigen und Anfang dieses Monats erlebt haben, ist die Stadt nicht gewachsen. An arbeitsbereiten Händen fehlt es angesichts der großen Betriebseinschränkungen der hiesigen Fabriken nicht, wohl aber an den nötigen Moneten, um sie zu bezahlen. Heinrich Tramm, bis zur Revolution Hannovers unumschränkter Stadtdirektor oder, wie man ihn auch wohl im Tone ergebenster Bewunderung nannte, ungekrönter König von Hannover, hat insofern recht behalten, als er die Eingemeindung der Fabrikstadt Linden aus finanziellen Gründen ablehnte, denn das Heer der Arbeitslosen wohnt natürlich in Linden. Vom städtebaulichen Standpunkt aus war aber die selbständige, von Hannover nicht kontrollierte Entwicklung Lindens ein großer Fehler, der in Zukunft selbst unter großen finanziellen Opfern kaum wieder gutgemacht werden kann.

Heinrich Tramm war dann während der Ära Leinert der Führer der Opposition im Rathause. So war er auch Gegner der Übernahme des Hoftheaters, zumal die dazu vom Staate gegebene Morgengabe durchweg sehr problematischen Wert hatte. Der Stadt blieb allerdings kaum etwas anderes übrig, wenn sie sich und der weiteren Umgebung überhaupt eine wirkliche Stätte der Kunst erhalten wollte. Inzwischen ist die Stadt noch einen Schritt weitergegangen, denn sie hat neben dem schönen großen Hause an der Georgstraße auch die Schauburg als zweites Theater in ihren Besitz gebracht. Das große Haus untersteht jetzt dem Generalmusikdirektor Professor Krasselt, der hier die Oper pflegt, während in der Schauburg Dr. Rolf Rönnecke als Direktor des Schauspiels regiert. Man muß es den beiden städtischen Bühnen lassen, daß sie durchaus nach künstlerischen Gesichtspunkten geleitet werden und wirklich Ausgezeichnetes leisten, so daß der nicht unbedeutende Zuschuß aus der Stadtkasse nicht weggeworfen ist. Prof. Krasselt hat in dieser Saison hauptsächlich den „Ring" in einheitlicher Neueinstudierung herausgebracht, wobei allerdings die leere und illusionslose Stilbühne nicht allgemeine Anerkennung gefunden hat. Die Schauburg ist außerordentlich fleißig gewesen. Neben einer ganzen Reihe von Neueinstudierungen, die zum Teil nötig wurden, weil im Gegensatz zu früher die städtischen Bühnen auch das moderne Drama pflegen müssen, das wir ehemals den privaten Bühnen überlassen mußten, sind auch Uraufführungen veranstaltet worden. Von den privaten Bühnen spielt das Mellini-Theater die Operette; schlecht und recht, wie es die Bilanz erlaubt. Im Deutschen Theater, das eine glänzende Tradition hat, tanzt Direktor Kaufmann mit bewundernswertem Mut über dem Abgrund der Pleite. In dem alten Residenztheater führen schon seit mehr als Jahresfrist nicht mehr die Autoren, sondern die knatternden Autos ihre eindringliche Zwiesprache.

Nun müßte ich wohl noch etwas über die Lage der hannoverschen Wirtschaft berichten. Aber wozu zum tausendundeinten Male dasselbe Lied singen, das überall gesungen wird? Also schweigen wir.

M. A. T.

Weibliche Athleten.

Zu allen Zeiten hat es Männer von ungewöhnlicher Körperkraft gegeben. Selbst Fürsten tragen vielfach den Beinamen „der Starke". Aber die Geschichte weiß nicht nur von starken Männern zu berichten. Am berühmtesten unter den starken Frauen ist wohl die bekannte Schauspielerin Madame Gautier von der Comédie Française in Paris gewesen, die sich erbot, mit dem Kurfürsten Moritz von Sachsen, der von 1541 bis 1553 regierte und als einer der stärksten Männer seiner Zeit galt, im Ringkampf zu messen, da niemand sonst mit ihm zu kämpfen wagte. Die Herausforderung wurde angenommen, aber dem starken Manne gelang es nur mit äußerster Anstrengung seiner letzten Kräfte, die gewaltige Dame zu besiegen. Ihre Hände waren zwar sehr klein, nichtsdestoweniger aber stark genug, um einen silbernen Teller zusammenzubiegen, als wäre er ein Papierblatt, oder eine goldene Münze glatt entzweizubrechen. Niemand vermochte ihrem Händedruck standzuhalten. — Wie wäre es, bei dem Bestreben eines großen Teiles der heutigen Frauenwelt, es den Männern auf allen Gebieten gleichzutun, wenn die Frau künftig nicht nur — wie es bereits geschieht — als Ringkämpferin und Boxkämpferin in den Ring träte, sondern auch im Kampfe mit Männern sich um den Ruf eines „Champions" oder um die „Weltmeisterschaft" im Ringen und Boxen bewürbe?!

Nah und Fern.

○ **Neues Naturschutzgebiet in Deutschland.** Ein neues, rund fünfzehn Morgen großes Naturschutzgebiet in der deutschen Grenzmark wurde von der Stadt Schneidemühl festgelegt. An der Westseite des in der Nähe Schneidemühls gelegenen großen Hammersees erstreckt sich eine Diluvialsenke, die vom kleinen Hammersee und einem sich anschließenden Moorgelände ausgefüllt wird. Die Wasser- und Moorflora zeichnet sich durch ganz besondere Mannigfaltigkeit aus. Es wurde bestimmt, daß Rohr- und Grasnutzung sowie Torfstich zu unterbleiben und die Fischerei gänzlich zu ruhen haben.

○ **Durch Petroleumdämpfe betäubt.** In einer Garage in Südende bei Berlin entwickelten sich aus einem Petroleumofen giftige Dämpfe, wodurch der Sohn des Konditoreibesitzers Steuer und zwei Gehilfen betäubt wurden. Nach angestrengten Bemühungen der mit dem Sauerstoffapparat herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, die Betäubten wieder zur Besinnung zu bringen.

○ **Mit der Sektflasche erschlagen.** Der Weinwirt Jaide in Frankfurt a. M., ein früherer Rennfahrer, wurde von seiner Büfettdame mit einer Sektflasche erschlagen, weil er sie, wie schon wiederholt, tätlich angriff.

○ **Explosion eines Benzintanks.** In der Mühle von Schönberg bei Bensheim hat sich ein schweres Unglück ereignet. Der Besitzer versuchte in Anwesenheit vieler Nachbarn einen eingefrorenen Automotor in Ordnung zu bringen. Dabei geriet der Wagen in Brand und der Benzintank explodierte. Von den in der Nähe stehenden Personen wurden zehn bis zwölf schwer verletzt.

○ **Tödliche Gasvergiftungen.** Im Gewahrsam eines Kölner Polizeireviers wurden zwei Arrestanten tot aufgefunden. Der Tod war durch Kohlenoxydgasvergiftung eingetreten, verursacht durch einen Schaden an der Heizungsanlage. — Einer tödlichen Gasvergiftung fielen der 24 Jahre alte Fleischer Johann Geiger und seine 23 Jahre alte Frau zum Opfer. Sie hatten als Wohnung nur einen einzigen kleinen, unheizbaren Raum, der ihnen als Koch-, Wohn- und Schlafzimmer dienen mußte. Als sie abends auf dem Gasapparat Wasser zum Kaffeekochen aufgesetzt hatten, schliefen sie ein und das Wasser löschte die Flamme aus.

⊙ **Bevölkerungsrückgang in Frankreich.** Eine soeben erschienene Statistik des französischen Arbeitsministeriums beweist den Ernst des Bevölkerungsrückgangs in Frankreich. Nach dieser Statistik betrug der Geburtenüberschuß im dritten Vierteljahr 1925 nur 38 910 gegen 48 393 im dritten Vierteljahr 1924. Die entsprechenden Ziffern für die Gesamtzahl der Todesfälle sind 151 282 gegen 139 721.

Bunte Tageschronik.

Erfurt. Auf der Gewerkschaft Pöthen bei Menteroda (Thüringen) wurden zwei Bergleute durch die Explosion brennbarer Gase getötet.

Kassel. Kurz vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung erschienen Erwerbslose in langem Zuge vor dem Rathause, um abermals ihre Forderungen zu vertreten. Der Magistrat lehnte Verhandlungen ab. Schutzpolizei zu Pferde und zu Fuß hielt die Ordnung aufrecht.

Paris. Der Mittagsschnellzug Paris-Bordeaux blieb auf freier Strecke wegen Bruchs der Kupplung zwischen Lokomotive und Tender liegen. Bei dem Unfall wurde ein Heizer getötet.

Rom. In Neapel wütete ein furchtbarer Wirbelsturm, der mit verheerenden Regengüssen verbunden war. Der angerichtete Schaden ist sehr groß. Verschiedene Stadtteile sind vollständig überschwemmt; auch sind durch das Unwetter mehrfach Hauseinstürze und Brände verursacht worden.

Schweres Vergiftungsunglück.

Fünf Mädchen tot.

In Deutsch-Lissa bei Breslau ereignete sich ein schweres Vergiftungsunglück. Im Magdalenenstift, einem Erziehungsheim für evangelische junge Mädchen, wurden durch eine Kohlenoxydgasvergiftung fünf Mädchen getötet; drei weitere schwerkranke Mädchen befinden sich in Lebensgefahr. Über die Ursache der Kohlenoxydgasvergiftung sind die Untersuchungen im Gange. Wahrscheinlich ist, daß ein frisch gesetzter Ofen die Ursache des Unglücks darstellt.

Erdbeben in Persien.

Städte und Dörfer vernichtet.

Nach Meldungen aus Teheran hat im Süden der Provinz Horassan ein heftiges Erdbeben stattgefunden. Die Städte Badschistan und Schiruan und mehrere Dörfer sind völlig zerstört worden. Die Telegraphenverbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen. Der Sachschaden ist sehr groß, doch sind verhältnismäßig wenige Menschenopfer zu beklagen, da sich die Einwohner nach den ersten Erdstößen noch rechtzeitig in das Freie retten konnten. Die der Regierung Riza Khans feindlich gesinnte Priesterschaft versucht, das Erdbeben als Propagandamittel auszuwerten, indem sie es als Strafe Gottes für die Unterstützung des angeblich religionsfeindlichen Riza Khans darstellt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 15. Dezember.

* **Börsenbericht.** Der Börsenbeginn war uneinheitlich, da sowohl anregende wie verstimmende Momente vorlagen. Im weiteren Verlauf trat eine erneute Abschwächung ein. Kriegsanleihe schwächte sich von 0,227 auf 0,220 ab. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert, tägliches Geld 7—9 %, monatliches Geld 9,50—11 %.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	15. 12.	14. 12.		15. 12.	14. 12.
Weiz., märk.	245-250	249-254	Weizkl. f. Brl.	11,5	11,5-11,7
pommerscher	248-253	252-257	Rogtl. f. Brl.	9,7-10,2	9,7-10,2
Rogg., märk.	143-150	147-153	Raps	360-365	360-365
pommerscher	—	150-156	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-32	26-32,5
Braugerste	186-213	188-214	kl. Speiseerbs.	22-24	22-24
Futtergerste	154-166	154-166	Futtererbsen	19,5-20,5	19,5-20,5
Hafer, märk.	161-171	163-173	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-21	20-21
weßpreuß.	—	—	Wicken	21-23	21-23
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,7-12,2	11,7-12,2
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	12-14,5	12-14,5
Bln. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15-15,2	15,0-15,2
Mrk. ü. Not.)	32,2-36	32,2-36,2	Leinkuchen	23,6-23,8	23,6-23,8
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,3-8,5	8,3-8,5
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	21,8-22	21,8-22
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	7,7-7,8	7,7-7,8
inkl. Sack	22-24,2	22-24,5	Kartoffelfl.	14,5-15	14,7-15,2

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,34—20,39; holl. Gulden 168,52—168,94; Danz. 80,68 bis 80,88; franz. Frank 15,09—15,13; belg. 19,02—19,06; schweiz. 80,87—81,07; Italien 16,92—16,96; schwed. Krone 112,25—112,53; dän. 104,27—104,53; norweg. 85,14 bis 85,36; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,15 bis 59.29.

* **Berliner Häuteversteigerung.** Die Auktion war von Käufern gut besucht, und auch die Abgabe der Gebote erfolgte ziemlich flott, so daß, wenn auch schließlich nicht in der Preisgestaltung, so doch eine gewisse Besserung der Marktlage zu verzeichnen ist. Verkauft wurde meist zu Preisen, zu denen die Ware auf der Vorauktion zurückgezogen wurde.

* **Heu- und Strohnotierungen** (Erzeugerpreise) je 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt in Reichsmark: Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 0,70 bis 1,25, do. Haferstroh 0,90—1,30, do. Weizenstroh 0,70—1,15, do. Gerstenstroh 0,80—1,20, Roggenlangstroh 1,25—1,65, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,25, Häcksel 1,35—1,65, gutes Heu 3,85—4,40, Kleeheu, lose 4,15—4,80.

* **Butter.** 1. Qualität 1,78 M., 2. Qualität 1,50 M., abfallende Qualität 1,30 M. für ein Pfund.

* **Die deutsche Kalianleihe achtundzwanzigmal überzeichnet.** Die englischen Zeichner der deutschen Kalianleihe haben ihre Zuteilungsbriefe erhalten. Die durchschnittliche Zuteilung beträgt 3½ %, so daß die Anleihe achtundzwanzigmal überzeichnet wurde.

Spiel und Sport.

Sp. **Deutscher Schwerathletiksieg in Paris.** Das Zusammentreffen der drei besten Schwerathleten von Deutschland, Frankreich und der Schweiz in Paris hatte dem veranstaltenden Verein ein volles Haus verschafft. Dem Schweizer Jacquenod gelang es, seinen eigenen Weltrekord im einarmig Reißen links von 72,5 auf 74 Kilogramm zu verbessern. Im Gesamtergebnis mußte er jedoch dem dreimaligen deutschen Leichtgewichtsmeister, Europameister und Weltrekordmann Willi Reinfrank vom Verein für Körperpflege-Mannheim den ersten Platz überlassen. Reinfrank siegte mit 723 Punkten gegen Jacquenod mit 717 und Arnaud-Frankreich mit 695 Punkten.

Sp. **Deutscher Fußballklub in Holland.** Die erste Mannschaft des Dürener F.C. verbringt die Weihnachtstage in Holland. Für den 25. Dezember ist ein Wettspiel mit Blauw Wit-Amsterdam abgeschlossen worden. Wahrscheinlich werden die Rheinländer noch ein zweites Spiel auf holländischem Boden austragen.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Die Not der Arbeitslosen im Ruhrgebiet.) Durch die Stillegung der Zeche Alte Haase und anderweitiger Arbeiterentlassungen ist die Not in der Gemeinde Sprockhövel sehr gestiegen. Von 5500 Einwohnern sind rund 1100 arbeits- und verdienstlos. Um der Not einigermaßen zu steuern, wurde von der Amtsversammlung die Auszahlung eines einmaligen Zuschusses an die Erwerbslosen und die Entsendung einer Abordnung nach Berlin beschlossen, die um eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorgesätze und Gewährung von Reichszuschüssen durch Notstandsarbeiten nachsuchen soll.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Der Tod Pöhners vor Gericht.** Vor dem Strafgericht München begann die Verhandlung gegen den Chauffeur Robert Kauper, dem die Anklage zur Last legt, durch Fahrlässigkeit den Tod des Oberlandesgerichtsrats Ernst Pöhner auf einer Kraftwagenfahrt nach Prien in den Ostertagen dieses Jahres verschuldet zu haben. Nach dem Gutachten des Medizinalkomitees ist es vollständig ausgeschlossen, daß die an der Leiche festgestellten Verletzungen nach dem Unfall durch Dritte hervorgerufen sein könnten. Der entgegenstehenden Behauptung der Frau Pöhner widerspricht auch die Wahrnehmung der unbeteiligten Zeugen des Vorfalls. Die Angaben der Frau Pöhner sind nach dem Gutachten des Prof. Dr. Rehm Wahnvorstellungen.

§ **In letzter Stunde vor unschuldiger Zuchthausstrafe bewahrt.** Die Gefährlichkeit eines bloßen Indizienbeweises hat in einer sensationellen Wendung eines vor dem Hamburger Schwurgericht stattfindenden Mordprozesses Ausdruck gefunden. Im Frühjahr 1924 war in Alt-Rahlstedt ein Wächter von zwei unbekannten Männern erschossen und beraubt worden. Der Verdacht richtete sich durch allerlei Aussagen und Indizien auf einen gewissen Haberland und zwei andere Männer, so daß der Staatsanwalt im Laufe des Prozesses bereits auf die höchstzulässige Zuchthausstrafe von 15 Jahren plädiert hatte. Da erschien in letzter Stunde ein neuer Zeuge. Er gab eine anschauliche Schilderung der Ermordung und nannte die beiden Täter, von denen einer bereits wegen einer anderen Straftat in Polizeigewahrsam ist. Unter allgemeiner Bewegung wurde auf Freisprechung Haberlands erkannt.

§ **Zehn Jahre keine Kassenprüfung.** Das Schöffengericht Hanau verurteilte den Lederfabrikanten Peter Poolp aus Bergen, der in den Jahren 1924 und 1925 als Verwalter der Ortskrankenkasse Hanau-Land 30 000 Mark unterschlagen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Es wurde festgestellt, daß während 10 Jahren keine Revision bei der Kasse stattgefunden hatte.

§ **Munitionsprozeß Briscott.** Im Munitionsprozeß Briscott und Genossen verurteilte das Kölner Gericht nach sechswöchiger Verhandlung die Hauptangeklagten wegen Unterschlagung von Heeresgut zu 12 bzw. 3 Monaten Gefängnis, ihre Helfershelfer wegen Beihilfe zu 4, 7 und 5 Monaten Gefängnis und die Hehler zu 8 bzw. 6 Monaten Gefängnis. Die Verurteilten wollen Berufung einlegen.

Kongresse und Versammlungen.

k. **Beginn des Internationalen Radiokongresses.** In Brüssel begann der Internationale Radiokongreß, dessen wichtigste Aufgabe die Vornahme einer planmäßigen Verteilung der Wellenlängen sein wird, und der sehr wahrscheinlich auch die Zahl der Sendestationen begrenzen wird. Elf Länder sind vertreten, darunter Deutschland.

Vereins-Kalender

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Schützengilde. Im Monat Dezember Schießen beim Kameraden Maiwald „Viktoria".

Bruno Liebig's
Bäckerei und Konditorei
Bad Warmbrunn Am Neumarkt
empfiehlt sehr billig:
Prima Honigkuchen und Makronen
ff. Dresdener Stollen, Napfkuchen,
Sandtorten, Ia. Marzipan: Lübecker
Königsberger und eigenes Fabrikat
(Kein Kunsthonig)
Original Echt Nürnberger.

Steckenpferd-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul ist die beste **Lilienmilchseife** für zarte, weisse Haut und blendend schönen Teint. — Überall zu haben.
Drogerie Hermann Jäschke. Joseph Kauth.

Carl Thutwol ○ Schuhmacher-meister
Bad Warmbrunn, Schloss-Strasse 12
empfiehlt den geehrten Herrschaften sein
Lager fertiger Schuhwaren
Kamelhaarschuhe :-: Filzschuhe
Werkstatt für Massarbeit und Reparaturen
NB. Jeder Auftrag wird prompt und reell zu billigsten Preisen ausgeführt.

Gut möbliertes
Zimmer
zu vermieten.
Näheres: Herm. Stehrstr. 5.

Costümröcke
Blusen
sehr billig
Werner, Warmbrunn

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder die Lachzeitung „Fips" gratis.

Puppen-Klinik
Reparaturen v. Haarschmuck und Kämmen
Hochfrequenz-Bestrahlung
Vibrations-, Kopf- und Gesichts-Massage
Martin Jackisch, Friseur
Hirschberger Str., Ecke Füllnerstr.

Ata
Henkel's Scheuerpulver
Unerreicht in seiner vielseitigen Wirkung ist dies ausgezeichnete Mittel.
Es ist die beste Arbeitshilfe der Hausfrau in Küche und Wirtschaft.
Ata putzt und scheuert alles!